



Stetigfortgesetzter Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Inserionsgebühr für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Pettschaft 3 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 82. Mittags-Ausgabe.

Vierundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Treves.

Dinstag, den 18. Februar 1873.

Deutschland.

Berlin, 17. Februar. [Mittl. d. S.] Se. Majestät der König hat dem Bureau-Vorsteher und Kandidaten der General-Ordens-Commission, Geheimen Hofrath Peisker, den Königl. Kronen-Orden zweiter Klasse in Brillanten verliehen.

Se. Majestät der König hat den nachbenannten Königlich sächsischen Offizieren und Beamten Orden verliehen und zwar das Großkreuz des Rothen Adler-Ordens: dem Staatsminister a. D., Minister des Königl. Hauses und Ordenskanzler Freiherrn von Falkenstein; — den Rothen Adler-Orden erster Klasse: dem General-Lieutenant Grafen zur Lippe, Commandeur der Cavallerie-Division Nr. 12, dem Hofmarschall Grafen Vitzthum v. Eckardt und dem Ober-Ceremonienmeister v. Gersdorff; — den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse: dem Ober-Forstmeister a. D. und Kammerherrn v. Trebra-Linbenau, dem Kammerherrn Adolf Siegfried Carl v. Lütichau; — den Rothen Adler-Orden dritter Klasse: dem Major v. Schönberg-Pötting im 4. Inf.-Regt. Nr. 103; — den Rothen Adler-Orden vierter Klasse: dem Prem.-Lieut. v. Löwenfels im 2. Reiter-Reg.; den Königl. Kronen-Orden erster Klasse mit dem Emaille-Bande des Rothen Adler-Ordens: dem Wirklichen Geheimen Rath, Kammerherrn Grafen von Hohenhausen und dem Ober-Hofmarschall, Kammerherrn Freiherrn von Friesen; — den Stern zum Königl. Kronen-Orden zweiter Klasse: dem General-Major von Montbè, Commandeur der 2. Infanterie-Brigade Nr. 46; den Königl. Kronen-Orden zweiter Klasse mit dem Stern: dem Hofmarschall a. D. v. Globig; — den Königl. Kronen-Orden zweiter Klasse: dem Obersten von Schimpff, Commandeur des 2. Grenadier-Regiments Nr. 101 (Kaiser Wilhelm, König von Preußen), dem Legations-Rath Kammerherrn von Lütichau und dem Kammerherrn Freiherrn von Reichenstein; — den Königl. Kronen-Orden dritter Klasse: dem Hauptmann Kallenbach im 1. (Leib-) Grenadier-Regiment Nr. 100, dem Hauptmann von Engel im 2. Grenadier-Regiment (Kaiser Wilhelm, König von Preußen), dem Hauptmann von Jeschau in demselben Regiment, dem Rittmeister Freiherrn von Wold im 1. Reiter-Regiment (Kronprinz), commandirt im Generalstabe, und dem Hauptmann Freiherrn von Uslar-Gleichen, Platzmajor zu Dresden.

Se. Majestät der König hat den Ritterschleifer, Lieutenant a. D. Seydell auf Gosda zum Landrath des Kreises Spremberg; den Kreisgerichts-Rath Richter in Tilsit zum Director des Kreisgerichts in Ragnit; sowie den bisherigen Dekonomie-Commissions-Rath Waack zu Gumbinnen zum Regierungs- und Landes-Dekonomie-Rath ernannt.

Der Notar Eduard Hüttlinger zu Elbeim ist in seiner bisherigen Anwaltschaft als Notar für den Friedensgerichtsbezirk Walsburg nach Walsburg versetzt. Ernannt sind: der Notariats-Candidat Julius Wad in Drillingen zum Notar für den Friedensgerichtsbezirk Saar-Union mit Anweisung seines Wohnsitzes in Saar-Union; der Notariats-Candidat Philipp Jaeger in Brumath zum Notar für den Friedensgerichtsbezirk Weisenburg mit Anweisung seines Wohnsitzes in Weisenburg; der Notariats-Candidat Aloys Gorbunel in Geiselsheim zum Notar für den Friedensgerichtsbezirk St. Abold mit Anweisung seines Wohnsitzes in St. Abold.

Dem Ingenieur Heinrich Hagens zu Frankfurt a. M. ist unter dem 14. Februar 1873 ein Patent auf eine Verbindung eines Schwungrad-Regulators mit der Drosselklappe oder Expansions-Verstellvorrichtung bei Dampfmaschinen oder mit der Regulirklappe bei hydraulischen Motoren auf drei Jahre ertheilt worden.

Berlin, 17. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und Königl.] besuchten gestern die Magnums-Ausstellung in der Akademie, empfingen den aus Wiesbaden zurückgekehrten persönlichen Adjutanten Sr. kaiserlichen und königlichen Hoheit des Kronprinzen, Oberst-Lieutenant Mische und begaben Allerhöchstdieselben um 4 1/2 Uhr nach Charlottenburg zum Familien-Diner. Heute nahmen Allerhöchstdieselben den Vortrag des Civil-Cabinet und der Hofmarschälle an und empfingen den Feldmarschall v. Herwarth, sowie den General v. Seynemann.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] besichtigte vorgestern die Gemälde-Ausstellung des Professor Magnus und war in der 7. Vorlesung des Wissenschaftlichen Vereins anwesend. — Gestern wohnte Ihre Majestät dem Gottesdienste in der St. Matthäikirche bei. Das Familien-Diner fand bei Ihrer Majestät der verwitweten Königin in Charlottenburg statt.

Berlin, 17. Februar. [Die Wahl der beiden Mitglieder der Untersuchungs-Commission,] welche das Abgeordnetenhaus morgen vornehmen wird, beschäftigt alle Fraktionen. Bis zur Stunde, in welcher wir schreiben, dürfte nur feststehen, daß der Abgeordnete Lasker die Majorität des Hauses auf sich vereinigen wird. Diese oder jene Partei stellt zwar bei den Unterhandlungen für den zweiten Candidaten Bedingungen an ihre Stimmabgabe für Lasker; aber dies wird voraussichtlich seine Wahl nicht beeinträchtigen. Keine geringen Schwierigkeiten werden von den übrigen Fraktionen betreffs des zweiten Candidaten erhoben, weil jede derselben einen solchen aufzustellen wünscht. Die Fortschrittspartei hat schon früher den Abgeordneten Dr. Virchow in Vorschlag gebracht, obwohl dieser wegen überhäufter Arbeit halb und halb deprecirte. Das Centrum wird wahrscheinlich für den Abgeordneten Mallinckrodt stimmen. Die Freiconservativen wünschten den Abgeordneten Grafen Bethusy-Huc zu proponiren, aber dieser lebte ab. Die conservativen Fraktionen verlangen in erster Linie, daß die Wahl auf ein Mitglied der Rechten und auf eines der Linken falle. Sie drohen sich mit den Ultramontanen gegen die Wahl Laskers zu verbinden, wenn nicht einer ihrer Candidaten (darunter die Abgeordneten Bedell-Behlingsdorf, Goltz, Präsident Köller, Rauchhaupt u.) die Stimmen der Linken erziele. Sie riefen heute eine Vertrauens-Versammlung zusammen, um sich über ihren Candidaten mit andern Parteien zu etuigen. Das Unternehmen ist jedenfalls schwierig. Bei einer Revision der Liste conservativer Mitglieder des Hauses, welche von liberaler Seite unternommen wurde, fand man, daß die Befähigsten derselben Verwaltungsräthe, Directoren u. seien. Als einer dieser Abgeordneten in Vorschlag gebracht wurde, ergab sich, daß ex Verwaltungsrath der Schuster, Oder- und Wagener'schen Actiengesellschaft war. Derselbe erhielt allerdings nur jährlich 500 Thlr. für eine oder zwei Verwaltungsrathsitzungen, denen er überdies selten beiwohnte. Als die Katastrophe hereinbrach, beehrte sich der conservative Landbote seine Verwaltungsrathsstelle niederzulegen.

[Vom Geh. Rath Wagener] geht der „Nordd. Allg. Ztg.“ wie bereits telegraphisch gemeldet, Nachstehendes in Betreff der Rede des Herrn Abg. Lasker zu:

Es war meine Pflicht, heute meine Antwort auf die Rede des Herrn Lasker vom 7. d. Mts. der Öffentlichkeit zu übergeben. Inzwischen aber ist diese Angelegenheit durch die Niederlegung der von Sr. Majestät dem Könige berufenen Untersuchungs-Commission und dem zustimmenden Beschluß des Abgeordnetenhauses in ein neues Stadium getreten.

Diese durch Allerhöchste Vorcast eingeleitete Untersuchungs-Commission bildet das Forum, dem auch die Beurtheilung meiner Angelegenheit obliegt! Dieser Beurtheilung darf in keiner Weise vorgegriffen werden. Ich habe daher, wenn auch ungern, auf eine detaillierte Widerlegung der gegen mich erhobenen Anschuldigungen im Wege der Presse für jetzt verzichtet. Nur einen thatsächlichen Umstand, der nicht nur meine Person betrifft, will ich nicht unterlassen, in das rechte Licht zu setzen.

Der Angriff des Herrn Lasker richtete sich bekanntlich zunächst gegen die

Art und Weise, wie das Statut der pommerschen Centralbahn zu Stande gekommen und wie die Eintragung der Gesellschaft demnach erreicht worden ist.

Mit Bezug auf den ersten Punkt beschränke ich mich auf die Bemerkung, daß wir unser Statut nach einem kurz zuvor Seitens des Handels- und Justizministers revidirten und uns als Norm zugesertigten Statut revidirt haben.

Dagegen bedarf der zweite Punkt einer eingehenden Erörterung, ebenso wie der Vorwurf, daß wir ein Statut nach dem alten Gesetz so kurz vor Auslebendire des neuen Gesetzes uns befähigten ließen.

Nun haben wir die erste Eingabe an das Handelsministerium am 27. Mai 1869 gemacht, darauf das Statut gefertigt, Caution und Actienzeichnung auf Grund dieses Statuts beschafft, die Concession erbeten unter dem 28. Februar, das Statut notariell verlaßt am 23. April 1870, also zu einer Zeit, als an das neue Gesetz noch 11. Juni 1870 noch gar nicht zu denken war. Dieses Gesetz ist vorgelegt am 13. Mai 1870, angenommen am 25. Mai, publicirt am 11. Juni, in Kraft getreten am 10. Juli 1870.

Die Allerhöchste Befestigung des Statutes datirt vom 5. Juli 1870 aus Bad Ems, die Ausfertigung im Handelsministerium vom 12. Juli, also unmittelbar vor Beginn des Krieges.

Bis Ausbruch des Krieges war Herr Elsner von Gronow hieselbst ordentlicher Handelsrichter. Dieser zur Zeit des Ueberganges vom alten zum neuen Gesetz über Actien-Gesellschaften fungierende Handelsrichter hatte das ausgesprochene Princip, diejenigen Gesellschaften, welche vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes concessionsfrei waren, nach Maßgabe der Concessionsurkunde einzutragen, auch wenn die Eintragung erst nach dem 10. Juli nachgeschickt wurde. So war nachträglich die Gesellschaft „Petrolium Lagerhof“ eingetragen, bei der von einer Beeinflussung doch nicht die Rede sein kann.

Als wir die Eintragung am 29. Juli beantragten, war der ordentliche Handelsrichter, Herr Elsner von Gronow, als Hauptmann zur Fahne einberufen, und sein provisorischer Stellvertreter, Herr Stadtgerichtsrath Rappner, verweigerte die Eintragung, weil das Statut nicht dem neuen Gesetz vom 11. Juni entspreche. Das Kammergericht schloß sich dieser Ansicht an am 15. September 1870.

Wir richteten nun eine Vorstellung an den Herrn Justizminister, worin wir auf das Präjudiz der Eintragung der Gesellschaft „Petrolium Lagerhof“ hinwiesen. Der Herr Justizminister erklärte sich außer Stande, in dieser Angelegenheit etwas zu thun.

Um doch auf irgend einem Wege zur Eintragung zu gelangen, beriefen wir unter dem 18. November 1870 eine Generalversammlung ausdrücklich zu dem Zweck, jene Statuten-Veränderung vorzunehmen, welche der neue Herr Handelsrichter forderte.

Diese Generalversammlung fand am 29. December 1870 statt und autorisirte zu den geforderten Statuten-Veränderungen ganz nach Vorschrift des provisorischen Handelsrichters.

Hierauf wurde am 11. Januar, zu einer Zeit, wo ich mich persönlich in Versailles befand, abermals die Eintragung in das Handels-Register beantragt; aber hier hatte wiederum ein Wechsel stattgefunden und der zweite commissarische Handelsrichter, Stadtgerichtsrath Herr von Chapelle, stellte neue Forderungen und verlangte namentlich unter dem 18. Februar plötzlich eine Rundmachung des Herrn Handelsministers, daß er aus den beabsichtigten Statuten-Veränderungen keine Veranlassung nehmen werde, die ertheilte Genehmigung zurückzuziehen. Dabei wurde ausdrücklich auch darauf hingewiesen, daß es zweifelhaft sei, ob, da die Bedingungen auf Grund des alten Statutes erfolgt seien, ein gewöhnlicher General-Versammlungs-Beschluß genüge und ob nicht vielmehr die qu. Veränderungen der Zustimmung aller Actienzeichner bedürfen würden.

Um nur möglicher Weise die Eintragung zu erlangen, fügt sich die Gesellschaft auch dieser neuen Forderung des dritten Herrn Handelsrichters, mit dem sie nun zu thun hat, und „bittet“ unter dem 23. Februar 1871 den Herrn Handelsminister „instandig“, doch eine solche Erklärung abzugeben, wie sie der Herr Handelsrichter wünsche, da sich die Sache nun schon zwei Monate hinfleppet.

Nun erklärt der Herr Handelsminister unter dem 27. Februar: „Dem Aufsichtsrath erwidere ich auf die Vorstellung vom 23. d. M., unter Rückgabe der Anlagen, daß ich die von dem Handelsrichter des hiesigen königlichen Stadtgerichts angeblich verlangte Erklärung abzugeben nicht in der Lage bin, da das Statut der Pommerschen Central-Eisenbahn-Gesellschaft unterm 5. Juli v. J. von des Königs Majestät bestätigt, eine Abänderung desselben mithin nur mit Allerhöchster Genehmigung würde erfolgen können.“

Einen bezüglichen Antrag an des Königs Majestät zu richten, muß ich aber deshalb Abstand nehmen, weil nach meiner Ansicht, wie in meinem Erlasse vom 9. v. Mts. näher ausgeführt worden, der Antrag auf Eintragung der gedachten Gesellschaft in das Handels-Register lediglich nach den zur Zeit der Allerhöchsten Concessionirung der Gesellschaft geltenden Bestimmungen des Handelsgesetzbuches zu begründen und die gegenbellige Auffassung des hiesigen Handelsrichters ungerechtfertigt ist.

Ich kann dem Aufsichtsrath deshalb nur anheimgeben, gegen den Anspruch des Handelsrichters durch Vermittelung des Herrn Justizministers auf dem in dem allegirten Erlasse bezeichneten Wege Remedur nachzusuchen.

Der Minister für Handel u. Gewerbe.

gez. F. Henckell.

An den Aufsichtsrath für die Pommersche Eisenbahn-Gesellschaft hier.

Die Direction gab dieser Aufforderung Folge und wandte sich unter dem 1. März 1871 an den Herrn Justizminister. Unter dem 18. April 1871 lebte der Herr Justizminister es ab, der Ansicht des Herrn Handelsministers sich anzuschließen und den Handelsrichter zur Eintragung anzuweisen.

Inzwischen war der Krieg beendet und der erste Handelsrichter, Herr Elsner von Gronow, wieder in seine Functionen getreten. Derselbe trug nun am 27. April 1871 die Gesellschaft auf Grund des ersten von Sr. Majestät unter dem 5. Juli 1870 genehmigten Statutes ein, in Uebereinstimmung mit dem Princip, welches er von Hause aus adoptirt hatte.

Dies ist die Lebensgeschichte der Eintragung jener Gesellschaft. Ich selbst war vom December 1870 bis März 1871 in Versailles.

Es bleibt nur die Justification des Herrn Lasker gegen den Handelsrichter Herrn Elsner von Gronow: derselbe habe sich dem Herrn Handelsminister gefällig erwiesen, „durch eine Zuschrift des Herrn Handelsministers sich bewegen lassen, die Gesellschaft — soll doch wohl heißen gegen seine eigene Rechtsansicht — in das Handels-Register einzutragen.“

Eine solche Justification aber ist doppelt verwerflich, wenn sie ohne jeden Beweis von einer gegen die Strafrechts-gefühlen Stelle erfolgt.

Alle von mir angeführten Thatsachen aber sind allemalig zu belegen.

Dresden, 17. Februar. [Edeum.] In der katholischen Hofkirche hat gestern, wie das „Dresdener Journal“ meldet, wegen der glücklichen Wiebergewinnung der Königin, unter Anwesenheit des Königs und der königlichen Familie, ein Edeum stattgefunden.

Wiltsburg, 11. Februar. [Entfernung der Redemptoristen.] Der „Rhein. Presse“ wird geschrieben: „Dem Unwesen der Redemptoristen, das hier ganz unverbürgt zu Tage tritt, ist nun durch unsere Kreisregierung gesteuert worden. Nachdem sich alle diesbezüglichen Schritte beim Pfarramt als wirkungslos erwiesen, erging an das hiesige Bezirksamt die Weisung, die Redemptoristen aus der Schule zu entfernen, und wenn diese Entfernung nicht in Güte zu bewirken, dieselbe mit Zuhilfenahme von Gewaltanwendung zu bewerkstelligen. Das Ordinariat Regensburg hat bei der Regierung von Niederbairern Protest erhoben, und diese durch die dringende Nothwendigkeit gebotene Maßregel als einen „unerhörten, gänzlich ungerechtfertigten Gewaltact“ bezeichnet. Uebrigens soll das Ordinariat Regensburg beabsichtigen, sich bezüglich dieser Angelegenheit an die höchste Stelle zu wenden.“

München, 14. Februar. [Fesult Bfller. — Bürgermeister Fischer. — Die Schwurgerichtsfrage. — Berichti-

gung. — Eingabe. — Zur Spizederei. — Verein.] Die vollständige Durchführung des Fesultengesetzes scheint in Bayern unter den heut hier obwaltenden Verhältnissen wenn nicht unmöglich, so doch außerordentlich schwer zu sein. Ein sprechendes Beispiel hiezu liefert die Angelegenheit mit dem in Regensburg weilenden Fesulten Bfller. Bfller ging bekanntlich kurz vor Publication des erwähnten Gesetzes nach Tirol und kehrte von da als „Erzieher des jüngsten Sohnes der Erbprinzessin Thurn und Taxis“ nach Bayern zurück. Die Erbprinzessin bemühte sich an allerhöchster Stelle um Bewilligung des Verbleibens Bfllers in Regensburg, bezügliche Erlasse sind wiederholt erfolgt und die widersprechendsten Gerüchte in Umlauf gesetzt worden, ohne daß jedoch etwas Genaueres über den Erfolg der Bemühungen der Erbprinzessin bekannt geworden wäre. Nun ist endlich ein ministerieller Bescheid ergangen, des Inhalts, „daß der Fesultenpater Bfller bis auf Weiteres in Regensburg verweilen dürfe“, und ziemlich deutlich wird von den höheren Beamten des kaiserlichen Hofes darauf hingewiesen, daß vor längerer Zeit bereits dem Pater Bfller durch ein königliches Handbillet der fernere Aufenthalt in Regensburg gestattet worden sei! Welche Bedeutung hat unter solchen Umständen wohl das Fesulten-Ausweisungsgesetz, wenn die unmotivirten Wünsche einer frommen Fürstin es illusorisch zu machen im Stande sind? Vollkommen berechtigt erscheint sonach wohl der Wunsch, es möchte sich das umlaufende Gerücht von der Abendung einer Deputation der Nationalliberalen nach Berlin bewahrheiten, welche dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck die Bitte vortragen soll, es möchte die bayerische Regierung vom Reiche aus zu ihrer Pflicht verhalten werden, die in strikter Erfüllung der Reichsgesetze liege. Was jetzt in Bayern geschehe, das geschehe gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit des bairischen Volkes, das nunmehr zu zeigen Willens sei, daß es nicht umsonst für das Reich das Blut seiner Söhne geopfert haben will. Wie gleichzeitig verlautet, würden sich Vertreter der liberalen Partei aus allen Städten Bayerns dieser Deputation anschließen. Ob überhaupt etwas und beabsichtendfalls wie wie an dieser Nachricht begründet, wird sich wohl ehestens herausstellen. Wünschenswerth erscheint die Ausführung dieses Planes unter den in Bayern herrschenden trostlosen Zuständen allerdings in hohem Grade.

Das Sigl'sche „Waterland“ brachte vor einigen Tagen die Nachricht, daß gegen den Bürgermeister Fischer von Augsburg eine Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden sei. Letzterer hat dies sofort dementirt und nun stellt sich auch noch die Veranlassung zu dieser Sigl'schen Mittheilung heraus. Ein paar müßige Köpfe erfinden und colportiren nämlich die Mähr, daß Fischer zum Nachfolger des Secretärs des Königs, Ministerialraths von Eisenhart, auszuweisen sei. Da nun aber nichts zu dumme ist, um nicht Glauben zu finden, wurde auch dieser Unfuss als baare Münze angenommen, und streute man, um der vermeintlich drohenden Gefahr zu entgehen, durch das „Waterland“ oben genannte Lüge aus, welche an allerhöchster Stelle insinuirten sollte, wie wenig der fortschrittlich gestimmte Bürgermeister Fischer in die unmittelbare Nähe des Königs passe! — Ueber die Frage des Fortbestandes der Schwurgerichte verlautet, daß das hiesige Justizministerium sich geneigt zeigt, der Einführung des Instituts der Schöffen an den Strafgerichten der unteren und mittleren Ordnung zuzustimmen; weiter wolle aber Dr. Fausst die Schwurgerichte nicht fallen lassen, doch wünsche er eine Reform derselben, namentlich in Bezug auf ihre Entlassung von den unbedeutenderen Fällen, mit denen sie für jetzt überbürdet seien. — Der bekannte, vor einiger Zeit erkrankte sich jedoch wiederbergestellte protestantische Pfarrer Illing in Rixingen erklärt im Gegensatz zu der kirchenregiment heute in der „Südd. N.-P.“, daß er wegen seiner angegriffenen Gesundheit kaum längere Zeit mehr auf seiner dortigen anstrengenden Pfarrei bleiben, sondern eine ruhige Landpfarrei zu suchen genöthigt sein werde. Um seine Veretzung sei er jedoch nicht eingekommen. Ferner werde er künftighin sich aller Betheiligung an den kirchlichen Kämpfen der Gegenwart enthalten, denke im Uebrigen jedoch über die Zulässigkeit des Bekenntnisses, über die notwendige Durchführung des Gemeindepincips und über die Betoung des evangelischen Priestertums jetzt noch eben so wie früher. An einen Wechsel seiner Gesinnung sei also in keinem Falle zu denken. — Die Eingabe der preussischen Theologie-Studirenden gegen das Gesetz über die Vorbildung der Geistlichen hat bei den an der protestantischen Universität Bayerns, in Erlangen, studirenden Theologen aus Preußen keinen Anklang und darum auch keine Unterschriften gefunden. — In der Spizeder'schen Angelegenheit wird erst jetzt, nachdem die Untersuchung gegen Adele Spizeder im Wesentlichen beendet ist, die Untersuchung gegen eine Reihe ihrer ehemaligen Bediensteten wegen Diebstahls, Untreue, Betrug u. s. w. einer raschen Erledigung zugeführt werden, so daß geeignetfalls die ganze bei den „Dachauer Banken“ betheiligt beziehungsweise beschäftigt gewesenene Industrieller-Gesellschaft in der nächsten Session des oberbairischen Schwurgerichts zur Verhandlung gelangen und ihren wohlverdienten Lohn erhalten wird. Unter den oben beregten Individuen befindet sich auch der Spizeder'sche Hausmeister Compens, ein ehemaliger Gensarm, wegen Diebstahl zum Schaden der Gantmaße. Derselbe ist indessen flüchtig und soll bereits in einem von Hamburg aus datirten Briefe seine Abfahrt nach Amerika angezeigt haben. Der in die Spizeder-Affaire verwickelte gewesene rechtskundige Magistratsrath Kummer von hier hat gegen den Verweis, welcher ihm auf Grund der gegen ihn aus eben bezeichnetem Anlasse gepflogenen Disziplinaruntersuchung zuerkannt worden, Beschwerde erhoben. — Adele endlich hat, wie heut veröffentlicht wird, den Appellrath Stenglein, welcher jetzt hier eine Advocatur eröffnet hat, um Uebernahme ihrer Vertbeidigung ersucht, doch soll dieser dankend abgelehnt haben. Wahrscheinlich wird nun der bekannte clericale Landtags-Geordnete und Advocat Dr. C. Barth damit betraut werden. Vor längerer Zeit bereits wurde bekanntlich von den hiesigen Rechtsanwaltschaften eine Commission niedergesetzt mit der Aufgabe zu untersuchen, ob und beabsichtendfalls in wie weit ein oder der andere derselben in die Spizeder'sche Angelegenheit verwickelt sei. Trostdem nun wie bemerkt schon eine geraume Zeit seitdem verstrichen ist, verlautet doch von dem Resultate der Untersuchung noch nicht das Geringste. Augenscheinlich hat man nichts Gravierendes gegen einen der Anwälte gefunden; eine Rundgebung in einem oder dem anderen Sinne wäre aber doch wünschenswerth, schon um den spöttischen Bemerkungen des „Waterland“ und der volksparteilichen bayerischen Blätter die Spitze abzubringen.

Stuttgart, 17. Febr. [Die Königin-Mutter.] Nach dem neuesten Bulletin über das Befinden der Königin-Mutter ist der Ver-



lauf des gestrigen Tages ein bestiebigender gewesen. Mit Beginn der Nacht traten indes sehr heftige Bewegungen bei sehr schwachem, unbedeutendem Pulse auf.

**Strasburg, 17. Febr.** [Der Oberpräsident v. Möller] hat sich heute Morgen nach Kassel begeben und wird vermutlich acht Tage abwesend bleiben.

## Österreich.

**Wien, 17. Febr.** [Die Abreise des Prinzen Adalbert von Preußen] erfolgte gestern Abend mittelst Separatzuges. Zur Verabschiedung hatten sich der preussische Botschafter General-Lieutenant v. Schweinitz, das gesamte Botschaftspersonal und der deutsche Consul Mallmann am Nordwestbahnhofe eingefunden. — Der Kaiser hat gestern Mittag dem außerordentlichen persischen Gesandten Malcolm Chan empfangen.

## Spanien.

**Madrid.** [Von der gegenwärtigen Lage Spaniens] schreibt die hier erscheinende Wochenschrift „Revista de España“ in ihrem am Ende des Jahres publicirten Feste eine Schilderung, welche nach den Meldungen über die neuesten Vorgänge von doppeltem Interesse ist. Im Rückblick auf die innere Politik heißt es in dem betreffenden Artikel:

„Die Einrichtungen der Revolution durchlaufen augenblicklich — das ist nicht zu leugnen — eine der schwierigsten Perioden ihres Bestandes. Der Haß der Parteien, welchen die hauptsächlichsten Führer der Erhebung in verständigen Grenzen hielten, hat nachgerade so außerordentliche Verhältnisse angenommen, daß sie traurige Katastrophen für eine nicht ferne Zeit ankündigen. Ueberall treten die Reime zu schweren Unordnungen, ungeheuren Kämpfen, Ausschreitungen des Grausigsten zu Tage. Unter den Herrschenden und außerhalb derselben werden widernatürliche Verbindungen geknüpft, trennen sich Kräfte, die vereint sein sollten, werden ungläubliche Freundschaften geschlossen. Es ist nicht anders, als ob alle Welt sich zum letzten Kampfe rüstete. Wir täuschen uns sehr, oder der besonnenere Theil des Landes sieht mit Schrecken das Verhalten der politischen Parteien, welche noch immer dem blinden Wirken der materiellen Gewalt die Heilung der gegenwärtigen Uebel anvertrauen wollen. Ein pessimistischer Geist, ähnlich dem der in Frankreich während der letzten Tage der Constituanten herrschte und das Aufkommen des „Schreckens“ erleichterte, ist leider in gewisse Kreise der spanischen Gesellschaft eingebrungen. Es wäre zum Lachen, wenn es nicht zum Verzweifeln wäre — das Schauspiel, das wir häufig an öffentlichen Orten beobachten. Es ist sehr gewöhnlich, daß bei einer Begegnung auf der Straße, im Café, in den Salons der Opposition zwei Männer der Ordnung, zwei Personen von Ansehen und Bedeutung sich die Hände drücken mit der gegenseitigen Frage nach dem Gang der öffentlichen Angelegenheiten. Sind die Nachrichten wenig beruhigend, weiß man, daß sich republikanische Parteien erhoben haben, daß Eisenbahnstationen verbrannt, Brücken gesprengt worden, wenn die Unordnung um sich greift, der gesellschaftliche Zustand sich verschlimmert, wenn die Befugnisse der Obrigkeit irgendwo mißachtet und in den Staub getreten sind, so zieht ein Schuß der Hoffnung über die Miene der Freunde und — „Nicht so!“ ist das fröhliche Wort, mit dem das Zwiesgespräch endigt. Wenn im Gegentheil die Reime der Auflösung, sei es auch nur vorübergehend, zurückgedrängt werden, wenn sich, auch nur in der Ferne, eine Aussicht auf Ordnung, Frieden, gesellschaftliche Ruhe und öffentliche Wohlfahrt zeigt, so umhüllt e eine düstere Wolke von Traurigkeit diejenigen, welche zur deutlichen Bezeichnung ihrer politischen Hoffnungen den Satz gefunden haben: „Das Bestehende muß zu Grunde gehen, und sollte hinterher die Säublung hereinbrechen.“ Wir wissen nicht, welche Frist uns die unersorßliche Vorlesung noch gönnt, aber Niemand wird leugnen, daß wir einer ganz eigenhümlichen politischen Lage gegenüberstehen. Man bekämpft die Regierung mit Recht in allen Tonarten, man jammert über die gegenwärtigen Uebel und weißt auf die traurigsten Katastrophen; man erhebt energische Proteste gegen die wichtigsten Anordnungen der verantwortlichen Gewalten; der öffentliche Credit wird an den Abgrund gedrängt; eine bedrohliche Lige wird organisiert gegen unvorhergesehene Reformen, welche die Integrität des Territoriums in Gefahr bringen, und doch — der Jörn steigert sich nicht zum Paroxysmus, die Redensarten finden keinen kräftigen Ausdruck; vielmehr wenn Jemand die Nachricht verbreitet, es könne das herrschende System geändert werden, wenn die entfernteste Möglichkeit hervortritt, daß andere Männer zur Regierung kommen dann schmettern die Trompeten des jüngsten Gerichts, dann hebt Aulus den Fels, die Winde zu entfesseln, dann öffnet sich die Pforte der Pandora.“ Der Rundschauer der „Revista“ mustert hierauf die mitbewerben Parteien. Die Carlisten werden von ihm verworfen, indem er sagt: „Welcher halbwegs denkende Geist, welcher Verstand, der nicht ganz blind von religiösen Vorurtheilen eingenommen ist, welches halbwegs gesunde Gehirn kann sich einbilden, daß der Absolutismus im 19. Jahrhundert in einer europäischen Nation möglich ist? Die Carlisten werden langbärtig den Frieden im Innern stören, sie werden die Ausübung der modernen Freiheiten bedeutende Schwierigkeiten bereiten, den öffentlichen Reichthum durch Unterbrechung der Verkehrswege, Hemmung des gewerblichen Fortschritts, Beeinträchtigung des Landbaues zu Grunde richten können; aber daß sie ein festes, dauerndes Regiment aufstellen, welches dem Lande angenehm wäre, das in Einklang mit den übrigen Mächten der gestifteten Welt leben könnte, das ist ein Fieberwahn erhöhter Einbildung, die außerhalb der Wirklichkeit lebt.“ Auch die Wiederherstellung der Bourbonenherrschaft sei ein trauriger Wahn. Der junge Alfonso XII. hätte die Carlisten, die Republikaner, die Radikalen, die Constitutionellen — mit Ausnahme derer, welche die Revolution reumüthig abtun, gegen sich und dagegen welche Einflüsse um sich? „Da gebe es einen Palast der Königin-Großmutter, einen anderen der Königin-Mutter, einen anderen des Regenten, der Deime und Infanten u. s. f.“ Die Republik wäre 1868 möglich gewesen. „Damals hätte sie die Republik der Selbstverleugung sein können; die spanische Republik von 1873 wäre die Republik der Rache. Damals hätte ihr Eintritt vom Volke mit Festen gefeiert werden können; heute läme sie gebadet in Blut.“ Der Artikel schließt mit folgenden Sätzen: „Wie viel leichter könnte nicht allen Schänden innerhalb der bestehenden Einrichtungen abgeholfen werden! Wie viel patriotischer wäre es, das Princip der Autorität durch Vervollkommen der geltenden Gesetze zu stärken! Wie viel würdiger, zu seinem angelegenen Verstand Vertrauen zu haben! Abgesehen von ebrlichen Männern in dieser Zeit der Noth bedenkten, was dem Lande frommt; mögen sie in der Geschichte lernen, daß jede Restauration neue Umwälzungen nach sich gezogen hat, und daß nur die Wälder, denen es gelang, das Repräsentativsystem zu befestigen, darin gekommen sind, ihre Wohlfahrt auf sichere und dauernde Grundlagen zu stellen.“

Der Artikel ist, wie man sieht, nicht in allen Punkten zutreffend, da sich bis jetzt wenigstens nicht befestigt hat, daß die Republik gekommen, „gebadet in Blut“. Undenbar aber ist es keineswegs, daß sich auch dieser Passus des Rundschauers schließlich doch bewährt. Für den Augenblick verdankt die Republik nämlich ihre so durchaus friedliche und fast einstimmige Entstehung nur dem Umstande, daß die älteren monarchischen Parteien in den gegenwärtigen Cortes fast gar nicht vertreten sind. Die Carlisten haben sich an den letzten Wahlen nicht betheiligt; die Partei der Isabellisten oder Alfonsisten und der Anhänger des Herzogs von Montpensier zählt im Congreß zusammen noch keine 2 wachsende zuverlässige Mitglieder. Die Republikaner von Haus aus sind allein schon etwa 80 Mitglieder stark; von den Radikalen aber, welche bis jetzt noch an einer monarchischen Spitze des Staates festhielten, dürfte die Mehrzahl nun wohl in das republikanische Lager übergegangen sein. Immerhin aber ist dann auch zwischen den Republikanern noch ein Zwiespalt betreffs der Art der Republik; während nämlich die Radikalen mehr der einseitigen Republik zustreben dürften, fordert Castelar und sein Anhang die bundesstaatliche Verfassung.

Ueber den Vorgängen, welche den König Amadeus zu dem Entschlusse, die Regierung niederzulegen bestimmten, ruht noch immer ein gewisses Dunkel, welches die Correspondenzen auswärtiger Blätter jetzt aufzuklären unternehmen; wie viel Wahres an den betreffenden Enthüllungen ist, muß dahin gestellt bleiben. Nach einer Correspondenz der „Ind. belge“ vom 10. Februar hätten die durch die radikale Partei von der Regierung verdrängten Conservativen durch den Admiral Topete den Versuch unternommen, dem König zur Entlassung des radikalen Ministeriums und zur Auflösung der Cortes zu bestimmen und ihm gerathen, zu diesem Zweck

an die Affaire des Generals Hidalgo und der Artillerieoffiziere anzuknüpfen. „Am Freitag (7. Februar)“, heißt es in der Correspondenz des Brüsseler Blattes, „begab sich Topete in den Palast, um dem Könige zu sagen, daß die Frage wegen der Artillerieoffiziere ihm eine gute Gelegenheit böte, um sich des radikalen Ministeriums zu entledigen; die Armee würde die Entscheidung des Monarchen unterstützen und der Auflösung der Cortes kein Hinderniß entgegenstellen. Der König ließ sich bereden und versicherte Topete, daß er das Decret betreffs der Reorganisation der Artillerie nicht unterzeichnen werde. Beim Abschiede sagte der König: Morgen begegnen wir uns vielleicht in den Straßen von Madrid.“ Das Ministerium aber, welches den Intriguen der Conservativen auf der Spur war, veranlaßte in den Cortes die Debatte über die Artilleriefrage und überreichte, gestützt durch das Vertrauensvotum, das bewußte Decret am Sonnabend (8. Februar) dem Könige zur Unterzeichnung. In Anbetracht jener Abstimmungen wagte der König nicht, seine Unterschrift zu verweigern. Topete hatte sich inzwischen schon ein ganzes Ministerium fertig gemacht, dessen Präsident er sein wollte. So wie er erfuhr, daß das Decret unterzeichnet sei, überstieg die Wuth der Conservativen alle Grenzen, und man beschloß, sofort ein Manifest zu erlassen, in welchem die Partei sich offen gegen die Dynastie aussprechen sollte. Marshall Concha und andere Generale versuchten jedoch Tags darauf (Sonntag 9. Februar) noch einen letzten Schritt beim Könige, um ihn zu einem Staatsstreich zu bewegen, indem sie ihm die Unterstützung der Armee versprochen. Amadeus wies dieses Anerbieten zurück. Kurz nachher stellte sich ihm eine Commission des conservativen Vereins vor, welche ihm erklärte, daß die Dynastie nicht mehr auf die Unterstützung der conservativen Partei rechnen könne. Da nun ließ der König Torilla rufen und that ihm seinen unabänderlichen Entschluß abzukunden. Einigermassen wahrscheinlich wird diese Darstellung, wenn man die Worte der königlichen Botschaft in Betracht zieht, in welcher Amadeus erklärt, „er wolle nicht der König einer einzelnen Partei (der radikalen) sein und auch nicht den Gesetzen zuwider regieren“ (wie die Conservativen ihm zumuthen).

Im „Journal des Debats“ berichtet John Lemoine über die weiteren Vorgänge folgendes Nähere: Sonnabend (8. Februar), nach dem Aufgange des Ministerraths, sagte der König Amadeus dem Ministerpräsidenten Torilla, daß er ihn noch besonders zu sprechen hätte, und richtete an ihn eine Anekdote etwa folgenden Inhalts:

„Spanien ist eine Beute der Parteikämpfe; in den drei Jahren, die ich hier weile ist kein Fortschritt gemacht worden. Meine Stellung ist nicht haltbar; ich will nicht eine bloße Puppe sein. Ich gehöre dem Hause Savoyen an und mag mich nicht eines Tages fortziehen lassen; lieber gehe ich aus eigenem Antriebe. Ich habe also nach reiflicher Ueberlegung den unerschütterlichen Entschluß gefaßt, das Land zu verlassen und meine Gewalten in die Hände der Cortes niederzulegen. Diesen Entschluß werde ich längster Frist ausführen und habe bereits Befehle gegeben, Alles für meine Abreise, nöthigenfalls schon auf Dienstag bereit zu halten. Ich wiederhole Ihnen, mein Entschluß ist ein unwiderruflicher und ich bitte Sie, keinen unnützen Versuch zu machen, mich von demselben abzubringen. Sie können ihn dem Ministerrath mittheilen.“

Diese plötzliche oder wenigstens plötzlich zu erkennen gegebene Entschcheidung des Königs versetzte die Minister in die äußerste Ueberstürzung, aber natürlich konnte sie nicht lange geheim bleiben. Der König hatte ferner erklärt, er wolle nach einer solchen Expedition, die leicht zu spöttischen Bemerkungen Anlaß geben könnte, nicht unmittelbar nach Italien zurückkehren. Daher hat er sich denn auch nach Lissabon gewandt, wo er am Hofe seiner Schwester, der Königin von Portugal, wird der Ruhe pflegen können. Stämmliche Minister haben ihre Entlassung gegeben. Herr Torilla ist tief betrübt und verlangt nur noch ins Privatleben zurückzukehren, er wird sicherlich nicht der Regierung angehören wollen, welche an die Stelle des Königs tritt, dessen erster und letzter Minister er gewesen ist. Was die Genenale betrifft, dieses unentbehrliche Element jeder Revolution in Spanien, so sehen wir keinen, der ein besonderes Vertrauen einflöße oder großes Ansehen genösse. Der Rücktritt des Königs sei wie eine Bombe mitten in den Bürgerkrieg, der in mehreren Provinzen wüthet, und in eine Militärkrise, in Folge deren jede Autorität wehrlos ist.“

Das Pariser „Evenement“ entnimmt Madrider Privatdepeschen folgende Einzelheiten:

Gestern Mittwoch, 12. Februar, früh um 6 Uhr, fuhr der König Amadeus mitten durch eine Volksmenge, die eine ganz ruhige Haltung beobachtete und nur in Hodeufe auf die Republik ausbrach, nach dem Südbahnhofe. Er befand sich in einem zweispännigen geschlossenen Wagen, die Königin an seiner Seite, seinen Sohn und den Grafen Rias sich gegenüber. Mehrere andere Wagen folgten. Der Schloßplatz war von Menschen bedeckt, die schon seit dem vorhergehenden Abend auf die Abfahrt des Königs geharrt hatten. Als der Wagen erschien, wurden unter dem Rufe: „Es lebe die Republik!“ die Hüte geschwenkt. Amadeus war sehr blaß; er neigte sich zum Grafen Rias und sprach ihm ins Ohr. Unter der Vorhalle der Kirche Santa Maria standen Nationalgarden und präsentirten das Gewehr. In diesem Augenblicke rief eine Stimme: „Nieder mit den Carlisten!“; viele Andere stimmten ein. Der Wagen wandte sich nach dem Segoviar-Thor; hier aber waltete ein Pöbel dem Kutscher und rieth ihm, lieber nach San Andres zu fahren, weil dieser Weg minder besetzt wäre. Von San Andres nach dem Casino de la Reina ist der Weg nur kurz und von hier bis zum Bahnhof war die Volksmenge schon viel geringer. So verließ König Amadeus Madrid.

## Großbritannien.

A. A. C. London, 13. Februar. [In der gestrigen Sitzung des Unterhauses] beschäftigte man sich fast ausschließlich mit einer Debatte über den zur zweiten Lesung vorliegenden Gesetzentwurf, welcher die Schwägerhe gestattet. Sir Thomas Chambers, dieser unermüdbliche Vorkämpfer dieser so oft erörterten Maßregel, verknüpfte mit dem Antrage auf zweite Lesung seiner Vorlage die früheren Argumente zu Gunsten derselben, und bemerkte, daß seitdem das religiöse Argument fallen gelassen worden sei, kein wirklicher Grund des Einwandes gegen die Bill mehr existire. Zudem er das Haus daran erinnerte, daß in einer australischen Colonie ein ähnliches Gesetz die königl. Sanction erhalten habe, verbreitete er sich über die Beschwerden und die Ungerechtigkeit, die aus dem Bestehen eines verschiedenen Gesetzes in den Colonien und im Mutterlande entstehen dürften. Im Weiteren behauptete er, daß die Meinung des Landes entschieden zu Gunsten der Vorlage sei, und daß dieselbe schon lange Gesetzeskraft erhalten haben würde, wäre die Opposition der Peers und die Zauderpolitik im Unterhause, zu der man seine Zuflucht nehme, nicht gewesen. Veresford Howe, welcher die Verwerfung der Bill beantragte, läugnete, daß der religiöse Einwand gegen dieselbe aufgegeben sei, und stellte die Agitation als fictios und eigennützig hin. Er behauptete, daß wenn die Schwägerhe gestattet würde, die anderen Grade der Blutsverwandtschaft bald nachfolgen würden. Nach einer längeren Discussion für und wider die Vorlage posirte dieselbe mit 126 gegen 87 Stimmen die zweite Lesung. Dasselbe Stadium der Gesetzgebung erreichte auch mit Zustimmung der Regierung eine von Stabeley Hill eingebrachte Bill zur Anwendung des Married Women's Property Act von 1870, wonach ein Sate für die vor der Heirat contrahirten Schulden seiner Frau verbindlich gemacht wird, im Falle er dieselbe mit Vermögen geheiratet hat.

[Die Kohlenfrage] tritt immer mehr in den Vordergrund. An der Londoner Kohlenbörse fand gestern ein weiterer Aufschlag von 1 Sch. per Tonne in dem Engros-Preise dieses Minerals statt. Der höchste Londoner Preis für Wallfens-Kohle beträgt nun 52 Sch. per Tonne. Die ärmeren Klassen erleiden unter der Kohlenvermehrung die größten Entbehrungen, und die Aerzte besorgen eine größere Sterblichkeit in den Armenquartieren. „Keine Frage“, bemerkt der „Morning-Advertiser“, ist für das Land von größerer Wichtigkeit, als unsere Kohlenzufuhr. Wenn den Ministern die Wohlfahrt des Landes aufrichtig am Herzen läge, würden sie schon lange Schritte ergreifen haben, um einen so wichtigen Zweig unseres Wohlstandes und unserer Macht gegen die Eier fremder Nationen zu schützen. Warum

sollten Rußland und Deutschland auf unsere Kosten ihre Panzerschiffe bauen und ihre Kanonen schmelzen? Wenn alle nach dem Auslande exportirten Kohlen dem Inlande zu Gute kämen, würden die Preise niemals ihr jetziges Stadium erreicht haben. Wann werden die Engländer lernen, daß Selbst-erhaltung das erste Naturgesetz ist?“

[Zur Rothschild's Hochzeit.] Die Trauung des Hon. Eliot Yorke, vierten Sohnes des Karls von Harwode und Stallmeisters des Herzogs von Edinburgh, mit Sir Anthony Rothschild's Tochter fand gestern (Mittwoch) in Wimpole statt. Das Brautpaar wurde Tags vorher von dem Registrar-General im Ehe-Registrations-Bureau, Mountstreet, Grosvenor-Square (London) geheiratet und begab sich alsdann nach Wimpole, wo die Trauung in der festlich geschmückten Pfarrkirche des Ortes von dem Hon. und Rev. Grantham Yorke, Onkel des Bräutigams, im Beisein eines zahlreichen Publicums vollzogen wurde.

[Während der letzten Stürme] ist die See an der englischen Ostküste soweit vorgeedrungen, daß der Leuchthurm, welcher sich auf dem östlichsten Punkte von England, Ness Point, befindet, arg beschädigt wurde und 800 Fuß weiter landeinwärts wi d gebracht werden müssen. Auch die Ufer-entferntes unferes Kabels sind bloßgelegt worden.

A. A. C. London, 14. Februar. [In der gestrigen Sitzung des Oberhauses] legte der Lord-Kanzler den in der Thronrede angekündigten Gesetzentwurf für die Bildung eines obersten Gerichtshofes vor. In einem längeren Epilog erläuterte er die Zusammenfassung des projectirten Tribunals, das, wie er sagte, die Wirkung haben werde, die Rechtspflege in Zukunft zu beschleunigen und billiger zu machen. Dieses Tribunal wird sämtliche höhere Gerichtshöfe des gemeinen Rechts, den Erbschafts- und Geschwändungs-Gerichtshof, das Admiraltätsgericht, sowie den Londoner Central-Bankrottgerichtshof in sich vereinigen, aus 21 Richtern bestehen und in vier Gruppen — die Queens Bench, Chancery, Exchequer und Common Pleas — zerfallen. Der Präsident des Ober-Tribunals werde der Lord-Oberrichter sein, während die resp. Präsidenten der vier Abtheilungen des Ober-Tribunals und 9 ordentlichen Richtern, Justitiar werden. Nachdem sich Lord Cairns mit der Maßregel im Allgemeinen für zufrieden erklärt, wurde dieselbe zum ersten Male gelesen und die zweite Lesung auf den 27. d. M. anberaumt.

[In der gestrigen Sitzung des Unterhauses] gab es zunächst wie gewöhnlich eine Menge Interpellationen zu erledigen. Maudella kündigte unter dem Beifall des Hauses an, daß er in Kürzen die Ernennung eines Sonderausschusses zur Untersuchung der gegenwärtigen Kohlennoth und Ueberernung beantragen werde. In Erwiderung auf eine Anfrage W. H. Smith's, ob es in der Nacht des Parlaments stehe, irgend einen Zoll oder eine Beschränkung auf die Kohlenausfuhr des Vereinigten Königreichs, die im Jahre 1872 sich auf 13,200,000 Tonnen im Werthe von 10,400,000 Pfr. gegen 12,700,000 Tonnen im Werthe von 6,200,000 Pfr. im Jahre 1871 beliefen, zu legen, und ob die kgl. Regierung beabsichtige, irgend eine solche Steuer oder Beschränkung aufzuerlegen, erklärte der Premier, daß die Regierung in Folge bestehender Verträge momentan thatsächlich keine Macht besäße, um die Kohlenausfuhr zu verbieten; aber selbst wenn ihre Hände frei wären, würde sie nicht geneigt sein, dem Parlament eine solche Maßregel zu empfehlen. Sir G. Jentinson erlaubte sich beim ersten Lord des Schatzamtes, ob die königliche Regierung irgend welche Schritte ergreifen habe, um die Vorschläge des parlamentarischen Sonderausschusses bezüglich des Projectes zum Bau der Sudbair-Exhal-Eisenbahn auszuführen. Gladstone erwiderte, die indische Regierung hätte ihre Operationen betreffs des Baues von Eisenbahnen ganz und gar beschränkt und die Praxis, Eisenbahnen zu garantiren, gegenwärtig ausgegeben. Was die britische Regierung betreffe, so sei er nicht im Stande, irgend ein Versprechen mit Bezug auf die Vorschläge des erwähnten Ausschusses zu ertheilen.

Um 5 Uhr erhob sich Gladstone und beantragte, nachdem der auf den Trifflin Unterstüts-Unterricht bezügliche Paragraph der Thronrede verlesen worden, unter dem Beifall seiner Parteifreunde, daß sich das Haus als Comite constituire. Nachdem dies geschehen, ging der Premier an die Erörterung seiner Maßregel. Zum dritten Male, begann er, erbehe er sich, um eine nicht allein für die Ehre und Ehre der Regierung, sondern auch für die Wohlfahrt und das Gedeihen Irlands wesentliche Pflicht zu erledigen. Bezugnehmend auf die in einigen Kreisen gehegte Meinung, daß Irland nur ein unfruchtbares Feld für diese Anstrengungen der Gesetzgebung darbiete, erklärte er nachdrücklich, daß die Regierung diese Ansicht nicht theile. In Irland blühe die Industrie, der Wohlstand des Gemeinwessens nehme zu, die Ordnung werde respectirt, die Zahl der gewöhnlichen Verbrechen sei geringer als in England, agrarische Verbrechen hätten sich in hohem Grade vermindert und das Verbrechen des Hochverraths sei verschwunden. Die Frage, um deren Erörterung es sich handle, sei, ob der römisch-katholischen Bevölkerung dieselbe religiöse Gleichheit eingeräumt werden solle, welche jedem anderen religiösen Glaubensbekenntnisse gewährt werde. Alsdann stellte der Premier in Abrede, daß die Regierung durch irgend einen ultramontanen Druck beeinflusst worden sei, und behauptete, daß in Irland eine religiöse Beschwerde vorhanden sei, deren Beseitigung Pflicht des Parlaments sei.

Die gegenwärtige Vorsorge für die höhere Erziehung von Römisch-Katholiken sei elendiglich schlecht, und die Gesamtzahl der Studenten, die sich den schönen Künsten widmen, bilde nur ein Aelchel der gesammten Studirenden, obwohl mehr als Dreiviertel der Bevölkerung dem römisch-katholischen Glauben angehörten. Abgesehen von der religiösen Beschwerde sei in Irland indeß auch eine große Nothwendigkeit für akademische Reformen vorhanden. Die Quantität des Unterrichts sei ungenügend, und in der Verfassung des Trinity-College gäbe es radicale Mängel. Der Premier verbreitete sich hierauf über die anomale Lage der Dubliner Universität und ihre fesselnden Beziehungen zum Trinity-College. Dies führte ihn zu einem längeren Rückblick auf die Geschichte der Universität, aus welcher er den Schluß zog, daß die Universität ihrem ursprünglichen Plane zufolge stets mehrere Collegien umfassen sollte und daß thatsächlich verschiedene Collegien von Zeit zu Zeit existirten, obwohl keines als Trinity-College am Leben geblieben wäre. Auf diese historische Schlussfolgerung baute Gladstone das Hauptprincip der Bill, nämlich, daß die Dubliner Universität — abgesehen von Trinity-College — die alte historische Universität Irlands sei, und daß in ihren Räumen die nöthigen akademischen Reformen bewirkt werden sollten. Ehe der Premier dazu schritt, den Modus, nach welchem dieses Princip ausgeführt werden solle, zu beschreiben, erwähnte er beiläufig, daß die königl. Collegien in Belfast und Cork beibehalten werden würden, wogegen das Collegium in Galway im Jahre 1876 aufgelöst werden würde, um es in der Dubliner Universität aufgehen zu lassen. Die Vorlage selber werde nach zwei Principien, die bereits bei der Reform der engl. Universitäten in Anwendung gebracht worden seien, verfahren, d. h. die Letzteide würden abgeschafft werden, die Universität würde von den Collegien emancipirt werden, die Mitglieder der Universität würden nicht irgend einem der Collegien angehören und die Collegien würden zu Gunsten der Universität besteuert werden. Ein neuer provisorischer Verwaltungskörper würde für die Universität gebildet werden, dessen Ernennung in erster Instanz dem Parlamente zustehen werde. Am 1. Januar 1875 würden die jetzt von dem Probst und dem Senior Fellows ausgeübten Gewalten dem neuen Verwaltungskörper übertragen werden, und nach Ablauf von 10 Jahren von obigem Datum ab würde der permanente Rath gewählt werden. Es sei auch beabsichtigt, die theologische Facultät von den königl. Collegien, wie von der Dubliner Universität zu trennen und das Vermögen der jetzigen Universität mit der Summe von 15,000 Pfr. für die Errichtung eines besonderen Gebäudes für die theologische Facultät zu belasten. Die römisch-katholische Universität, sowie das Collegium von Wigan würden ebenfalls Collegien der Dubliner Universität werden. Die reformirte Universität würde eine Lebensfrist, sowie eine Prüfungs-Zustand sein, aber um Garantien für Wissenschaftlichkeit darzubieten, würde sie keine Lehrstühle für Theologie, Moral-Philosophie und moderne Geschichte besitzen. Auch würde kein Student in den zwei letzteren Lehrgeschäften wider seinen Willen examinirt werden, und dieselben würden von allen Examina für Aemter, mit denen Emolumente verknüpft sind, absolut ausgeschlossen sein. Zum finanziellen Theile der Vorlage übergehend, veranschlagte der Premier den Kosten-Etat der reformirten Universität auf 50,000 Pfr. per annum, und zwar 25,000 Pfr. für die Ernennung der Professoren mittelst Stipendien, 20,000 Pfr. für Professorengehälter und 5000 Pfr. für Prüfungen, Gebäude und allgemeine Untkosten. Diese Summe soll wie folgt bestritten werden: 12,000 Pfr. aus den Einkünften des Trinity-College, das, wie der Minister bemerkte, nach Abzug dieser Summe, dennoch das reichste Collegium der Christenheit bleiben werde, 10,000 Pfr. aus dem Staatskass, 5000 Pfr. aus Studentengebühren, und der Rest aus dem Ueberflusse des Kircheneigenums in Irland. Gladstone schloß seine dreistündige Rede mit dem Bemerkten, daß sein Plan, wenn er adoptirt werde, die Irländer in den Stand setzen würde, ihr Land auf den höchsten Gipfel der Cultur zu bringen.

Disraeli verlangte, ohne irgend eine Meinung über die Vorlage auszusprechen, eine dreiwöchentliche Zwischenzeit vor der zweiten Lesung, worauf Gladstone erwiderte, daß, wenn er Montag den 2. März für die zweite







